

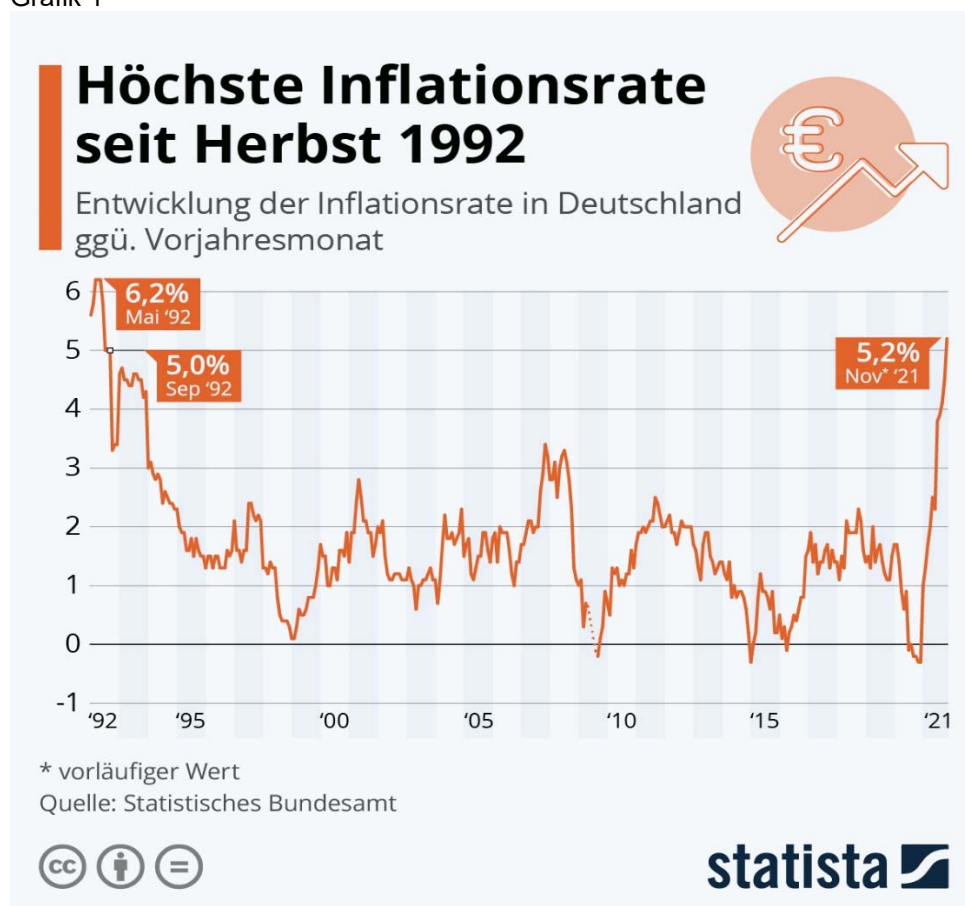
Rudolf Hickel

Die beiden neuen Inflationstreiber sozial bewältigen Pandemieinflation und Greenflation

(Langfassung eines Gastbeitrags in der Frankfurter Rundschau vom 23. 12. 2021)

Nach einer Inflationsrate in der Nähe Null im vergangenen Corona-Abschwungjahr ist die Geldentwertung im letzten Jahr 7-mal in Folge gestiegen. Im November 2021 ist der Preis für den Warenkorb des durchschnittlichen Verbrauchs privater Haushalte vom Basisjahr 2015 um 5,2% gegenüber dem Vorjahresnovember teurer geworden (Grafik 1). Dieser Warenkorb fasst nach dem Ausgabenanteil gewichtete 650 Güter und Dienstleistungen zusammen (Grafik 2, Zur Methodik). Letztmals wurde dieser Kaufkraftverlust vor 30 Jahren im Juni erreicht. Der mehrere Monate anhaltende Inflationsschub löst Ängste aus. Dabei wird auch noch mit der völlig unsinnigen historischen Anspielung auf die Hyperinflation von 1923 der Vertrauensverlust vor allem in die Europäische Zentralbank geschürt. Dabei ist es noch nicht lange her, da dominierte eher die Sorge vor Deflation, die durch sinkende Preise auf breiter Front die Unternehmenserlöse reduziert und die Gesamtwirtschaft schrumpfen lässt. Die Notenbank stand vor der Aufgabe, den zu niedrigen Preisindex in Richtung der Zielinflationsrate von 2 % nach oben zu bewegen.

Grafik 1



Aufflackernder Monetarismus

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die für die Preisstabilität zu sichern hat, gerät ins Visier der Kritik. Dabei hatte vor wenigen Monaten die Europäische Zentralbank ihr geldpolitisches Konzept erstmals wieder seit 2003 überprüft und präzisiert. Im Mittelpunkt steht ihre Zielinflationsrate mit 2%. Diese darf im Sinne der geldpolitischen Symmetrie mittelfristig weder unter- noch überschritten werden. Was über diese Rate absehbar hinausgeht, muss geldpolitisch bekämpft werden. Liegt der Verbraucherpreisindex darunter, dann ist dagegen eine expansive Geldpolitik auch mit dem Leitzins von Null und weiteren Maßnahmen auszurichten. Diese Untergrenze von 2 % sichert das notwendige Schmiermittel der wachsenden Wirtschaft. Anders ausgedrückt: Würde die Geldpolitik etwa eine Inflationsrate von 1 % mit restriktiver Geldpolitik bekämpfen, dann droht die Gefahr, einen deflationären Prozess auszulösen. Die Zielinflationsrate wird vor allem aus der Sicht des Marktfundamentalismus kritisiert. Jedenfalls ruft das jahrelange Regime der Geldschwemme den tot geglaubten Monetarismus auf den Plan. Seine maßgeblich auf Milton Friedman zurückgehenden Botschaften sind klar: Ein sich aus eigener Kraft stabilisierendes Marktsystem wird durch aktive Finanzpolitik nur destabilisiert. Nicht nur Hans Werner Sinn glaubt die Konstellation identifizieren zu müssen. Die Zentralbankgeldmenge habe sich in den vergangenen 13 Jahren verdoppelt und damit das heutige Inflationspotenzial geschaffen. Gefordert wird „das Ende der Geldschwemme“ durch die Erhöhung des Leitzinses und vor allem den Ausstieg aus den Programmen des allgemeinen und pandemiebedingten Ankaufs von Wertpapieren bei den Banken. Beendet werden soll die dem billigen Geldüberschuss zugerechnete Inflationserzeugung infolge kreditfinanzierter Staatsausgaben. Diese monetäre Bremspolitik richtet sich im „vorausseilenden Gehorsam“ gegen die beschworene inflationäre Selbstverstärkung vor allem durch eine aggressive Tarifpolitik. Das Gespenst der Lohn-Preis-Lohn-Spirale steht im Zentrum dieses neoliberalen Krisenszenarios. Dafür gibt es allerdings keinen Beleg. Seit Jahren orientiert sich die Tarifformel der Gewerkschaften am Inflationsausgleich im Ausmaß der EZB-Zielrate von 2%. Das ist gut so. Denn die Gewerkschaften haben die erfolgreiche Schrumpfpolitik durch die Deutsche Bundesbank gegen die hohe Inflationsrate Anfang der 1970er Jahre nicht vergessen. Die Folgen waren eine Wachstumskrise und steigende Arbeitslosigkeit. Im Zentrum der geldpolitisch geläuterten Tarifformel stehe neben der Zielinflationsrate der Anspruch, an der Produktivität beteiligt zu werden und den Anteil der Arbeitseinkommen an der Wertschöpfung mit dem Ziel der Umverteilung auszuweiten. Auch in diesem Punkt der Selbstverstärkung der Inflation irrt die monetaristische Antiinflationpolitik. Zu dieser Trugschlussökonomik gehört auch die Unfähigkeit zu sehen, wie die Geldpolitik einen ökonomischen Zusammenbruch des Eurosystems gerade auch in Pandemiezeiten verhindern konnte. Dass ihr hierbei der volle Erfolg mangels Unterstützung durch die Finanzpolitik verwehrt geblieben ist, bleibt unbestreitbar.

Klar ist, mit dem Rückgriff auf den Monetarismus zur Entfesselung der profitwirtschaftlichen Marktwirtschaft lassen sich die brandneuen Triebkräfte der heutigen Inflation nicht identifizieren. Wer glaubt ernsthaft an die Botschaft des Monetarismus vom von der Pandemie erzeugten exogenem Schock, den die renditegetriebenen Märkte aus eigener Kraft bewältigen können? Dagegen ist mehr denn je der aktiv handelnde Staat nicht nur mit seinen Rettungsprogrammen für die Wirtschaft und Beschäftigung gefordert. Die Pandemie hat den Monetarismus unheilbar infiziert.

Die aktuelle Inflationsentwicklung lässt sich also mit der durch die Notenbanken erzeugten Schwemme mit billigem Geld nicht erklären. Die extrem expansive Geldpolitik dient

vielmehr der Stabilität des gesamten Währungssystems. Es sind zwei bisher völlig unbekannte Triebkräfte der Inflation, die in den Lehrbüchern der Ökonomik nicht vorkommen. Zum einen geht ein gehöriger Anteil der aktuellen Geldentwertung auf die ökonomische Entwicklung unter dem Regime der Pandemie zurück. Zum anderen wird erstmals der Anstieg der Lebenshaltungskosten infolge einer politisch gewollten Verpreisung des CO₂-Ausstoßes spürbar. Diese Komponente Greenflation, die vor allem durch steigende Energiepreise getrieben wird, ist die Folge des unaufschiebbaren ökologischen Umbaus.

Pandemiebedingte Sonderfaktoren der Inflation

Zum pandemiebedingten Inflationsverlauf lässt sich feststellen: Grundsätzlich prägt der Rhythmus der Pandemie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und treibt dadurch auch die Inflation nach oben. Nach dem Absturz der Wirtschaft durch die verschiedenen Lockdowns übrigens mit einer Inflationsrate in der Nähe der Nullzone im letzten Jahr steigen mit dem nachfolgend „verzögerten Aufschwung“ die Hersteller- und dann die Verbraucherpreise auf breiter Front. Da wirkt zum einen der Basiseffekt: Vor allem die enorm steigenden Preise im Energiebereich wuchsen von einem niedrigen Niveau aus in 2020 massiv. Beispielsweise hat der Preisindex für Heizöl und Kraftstoffe vom November 2020 bis November 2021 um über 51% und für Strom, Gas und Brennstoffe um über 12 % zugenommen. Ökonomisch entscheidend ist die Tatsache, dass die weltweit wachsende Nachfrage auf zuvor geschrumpfte Produktionskapazitäten getroffen ist. Dazu kommt die bremsende Rückwirkung der unterschiedlichen Lockdowns in wichtigen Ländern des internationalen Handels auf den weltweiten Warenverkehr. Durch die vorübergehende Schließung wichtiger Häfen in China wird Schiffsfracht nicht befördert. Frachtraten sind eklatant gestiegen. Lieferkettenunterbrechungen belasten besonders das vom internationalen Handel abhängige Deutschland. Die hoch gelobte Globalisierung, alles billig irgendwo in der Welt unter Nutzung der „Just in Time“-Lieferfähigkeit zu produzieren, rächt sich. Durch weltweite Abhängigkeiten werden auch die Nahrungsmittelpreise, die im November des letzten Jahres gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,5 % gestiegen sind, beeinflusst. Auch ökologisch belastende Rückwirkungen durch Dürren und Überschwemmungen haben Preise der Agrarprodukte nach oben getrieben. Ende November des letzten Jahres erreichte der Weizenpreis eine zuvor nicht gekannte Höhe. In Deutschland haben darüber hinaus die für ein halbes Jahr gesenkten Mehrwertsteuersätze nach dem WUMS-Programm die Inflationsrate – je nach den Annahmen zur Überwälzung - zwischen 0,5 und 1,0 Prozentpunkte erhöht.

Vor diesen neuen Herausforderungen scheitert der wiederbelebte Monetarismus erneut. Diesen vor allem pandemiebedingten Inflationseinfluss à la Hans-Werner Sinn mit einem geldpolitischen Schrumpfkurs zu bekämpfen, wäre Gift für die Gesamtwirtschaft. Vielmehr muss die Geldpolitik mit dem fortgesetzten Null-Leitzins und den Ankauf von Staatsanleihen eine stabile Entwicklung sichern. Dieser Politik kommt die Tatsache zugute, dass es sich, wie es EZB betont, bei manchen Preisanstiegen vor allem im Energiebereich um „Sonderfaktoren“ handelt, die sich im Verlaufe dieses Jahres abbauen. Dies gilt auch für die preistreibenden Unterbrechungen der Lieferketten. Wie lange diese Sonderfaktoren wirken, hängt auch von der künftigen Entwicklung der Pandemie ab. Wegen der Fehleinschätzungen musste die Deutsche Bundesbank ihre Prognosen zu den Inflationsraten jüngst erhöhen. Für das laufende Jahr wurde der Zuwachs des Verbraucherindex von 1,7% auf 3,6% nach oben korrigiert.

Einfluss der Greenflation

Mit der Greenflation wird ein in diesem Ausmaß bisher nicht bekannter Inflationstreiber spürbar. Hier wirkt der Preis für Treibhausgase, die im CO₂ Ausstoß zusammengefasst werden. Einerseits wird die grüne Inflation zum einen durch massiv gestiegene Preise für das Recht (Umweltzertifikate), CO₂ ausstoßen zu dürfen, spürbar. Der Preis der an der Börse gehandelten Zertifikate für die Energiewirtschaft sowie energieintensive Produktionsstätten (etwa Stahl) ist von ca. 30 € pro Tonne im Oktober 2020 auf über 60 € ein Jahr später gestiegen. Andererseits geht es um den politisch verordneten Festpreis mit erstmals 25 € pro Tonne auf CO₂ Äquivalente im Verkehr und Gebäudebereich seit dem letzten Jahr. Dadurch steigen die Preise für Benzin, Diesel, Heizöl, Ferngas und Erdgas. Nach der Abgabe 30 € pro Tonne ab diesem Jahr, die den Diesel-Benzin-Preis schätzungsweise um 1 ½ Cent pro Liter erhöht, wird bis 2025 der Aufschlag auf 55 € steigen. Allein im letzten Jahr ist je nach dem Ausmaß der Überwälzung auf die privaten Haushalte deshalb der Index der Lebenshaltungskosten zwischen 0,5 bis 1,1 Prozentpunkte gestiegen. Mit dem Anstieg des politisch gewollten „grünen“ Beitrags zur Inflation muss über Jahre kalkuliert werden. Allerdings liegt der politisch gesetzte Preis unter dem, den etwa das Bundesumweltamt zum Erreichen einer wirksamen CO₂-Reduktion (Lenkungsfunction) mit mehr als 100 € für erforderlich hält. Welche Rolle spielt die Geldpolitik gegenüber diesem politisch gewollten „Preistreiber“? Dagegen mit Geldverknappung zu reagieren, wäre ökonomisch unsinnig und ökologisch unverantwortlich. Vielmehr sollte im Rahmen einer „Green-EZB“ die gesamte Geldpolitik etwa über den Aufkauf von nachhaltigen Unternehmens- und Staatsanleihen auf ökologische Verantwortung ausgerichtet werden. Dazu kommen muss die ökologische Ausrichtung der Bankgeschäfte und ein Nachhaltigkeitsranking der Finanzinstitutionen. Dafür stehen die ESG-Kriterien: E steht für Umwelt, S für Soziales und G für eine gute Unternehmensführung (Environmental, Social und Governance). Diese Beurteilungskennzahlen sind dabei, sich in der Finanzbranche durchzusetzen, Sie geben auch den Privatanlegern Auskunft über die ökologische Nachhaltigkeit ihres Investments.

Ökologische und soziale Transformation

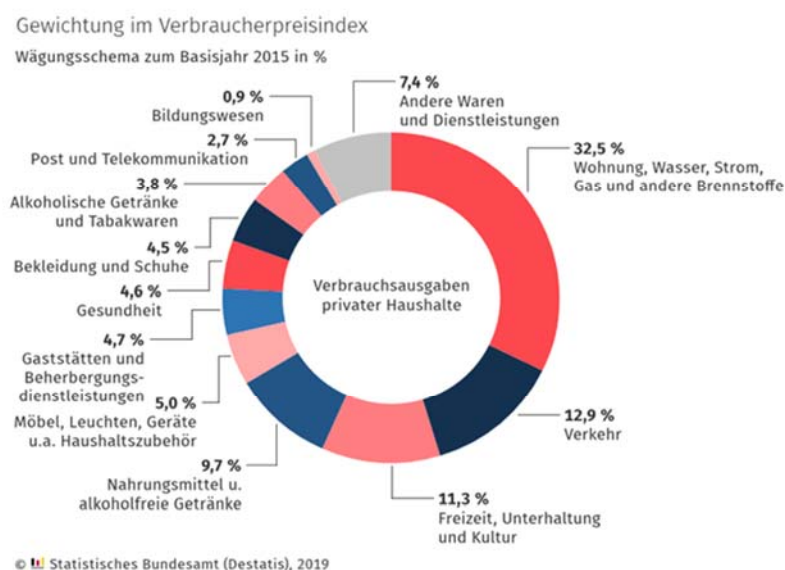
Die sozial ungerechten Verteilungswirkungen der allgemeinen Verbraucherpreis-Inflation sind bekannt. In einer neuen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) wurde festgestellt: Auf der Basis berechneter individualisierter Preisindices und Inflationsraten sind seit 1995 die Lebenshaltungskosten der einkommensärmsten Haushalte langfristig um 33,9%, die der einkommensreichsten Haushalte aber nur um 28,0% gestiegen.¹ Eine Ursache ist die Tatsache, dass ärmere Haushalte einen hohen Anteil ihres Einkommens für das vergleichsweise teurer gewordene Wohnen und für Lebensmittel ausgeben müssen, während beim Konsum der einkommensstarken Haushalte die anteilig höheren Ausgaben für Elektrogeräte qualitätsbereinigt im Preis gefallen sind. Hinzu kommt, dass bei fehlenden Ersparnissen Preissteigerungen auch mangels Ersparnisse nicht ausgewichen werden kann.

Die politisch zu Recht gewollten Aufschläge auf den Ausstoß von CO₂, die die Energiepreise erhöhen, werden die sozialen Unterschiede der Inflationswirkung verstärken. Die Arbeitseinkommensbezieher und hier insbesondere Beschäftigte im Niedriglohnssektor

¹ Markus Demary / Cornelius Kruse / Jonas Zdrzalek, Welche Inflationsunterschiede bestehen in der Bevölkerung? Eine Auswertung auf der Basis der Einkommens- und Verbraucherstichprobe; IW-Report 46/2021

auch beim Bezug von Mindestlöhnen verlieren real Einkommen und damit an Kaufkraft. Beim Hartz IV-Bezug sind es derzeit durchschnittlich 136 € an Mehrausgaben im Jahr für die Stromrechnung. Gemessen an der derzeit eingesetzten Hartz IV-Pauschale liegen die Stromkosten 29 % darüber. Betroffen sind alle vom Sozialeinkommen Abhängigen. Generell gilt: Gegenüber den wohlhabenden Haushalten sind die ärmeren Haushalte dem CO₂ Preisaufschlag in den Bereichen Wärme und Mobilität oftmals schutzlos ausgeliefert. Die höheren Energiepreise schlagen wegen des knappen Einkommens gegenüber den lebensnotwendigen Ausgaben voll auf das Budget durch. Auf Ersparnisse kann kaum zurückgegriffen werden. Deshalb muss die ökologisch alternativlose „grüne Inflation“ sozial abgefedert werden. Ökologischer Umbau und sozialer Ausgleich sind die zwei Seiten der Medaille Transformation. Diese „grüne“ Sozialpolitik kommt im Koalitionsvertrag der Ampel kaum vor. Umgesetzt werden muss gegenüber dem aktuellen Preisanstieg für Verkehr und Wärme ein Paket von Sofortmaßnahmen: Erforderlich sind entsprechende Zuschläge bei den sozialen Regelbeträgen, aber auch im Niedriglohnssektor einschließlich des nicht ausreichenden 12 Euro-Mindestlohnes. Zur Finanzierung stehen die CO₂ Einnahmen zur Verfügung. Im letzten Jahr verzeichnete der aus diesen Einnahmen gespeiste „Energie- und Klimafonds“ in Deutschland 12,5 Mrd. € (7,2 Mr. € aus dem Verkauf von EU-geregelten Emissionsrechten und 5,3 Mrd. € über die Abgabe von 25 € pro Tonne CO₂). Auch für die Pendler, die nicht über Nacht ihren Wohnort in die Nähe des Arbeitsortes verlegen können, wird ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld erforderlich. Sozialer Ausgleich für die ökologische Transformation ist nicht nur eine Tagesaufgabe, sondern erfordert ein Langfristprogramm. Zügig sollte dieses gesellschaftliche Großprojekt, das Akzeptanz für die Maßnahmen gegen die Erderwärmung schafft, gestartet werden. Dazu liegen bereits Vorschläge vor: Die CO₂-Aufschläge, die die unteren und mittleren Einkommen relativ stärker als im oberen Bereich belasten, müssen durch einen umfassenden Sozialausgleich aufgefangen werden. Das ist machbar und finanzierbar. Dazu dient der Klimabonus pro Kopf (nach einem Modell des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung etwa mit 80 € pro Einwohner). Da die relative Entlastung im unteren Einkommensbereich deutlich höher ist als bei den Spitzenverdienern, wird die ungerechte Lastverteilung infolge der CO₂-Abgabe kompensiert. Die Finanzierung erfolgt aus den Einnahmen durch die CO₂-Preisaufschläge.

Grafik 2: Gewichtung im Verbraucherindex



Zur Methodik:

Der harmonisierte Verbraucherpreisindex erfasst monatlich die durchschnittliche Preisentwicklung aller Güter und Dienstleistungen. Erfasst werden 650 Arten an Waren. Die Preise dieser Waren werden entsprechend ihres Anteils an den gesamten Konsumausgaben eines privaten Haushalts im Warenkorb gewichtet. Das Wägungsschema des Warenkorbs, das alle fünf Jahre an das veränderte Verbraucherverhalten angepasst wird, gilt derzeit für das Jahr 2015. Dieser gewichtete Durchschnittspreis wird als Ausgangsindex mit 100 gesetzt. Der für den November 2021 ermittelte Verbraucherpreisindex zeigt, wie sich der Preis des Warenkorbs gegenüber dem Basiswert von 100 von 2015 entwickelt hat. Ausgewiesen wird die prozentuale Veränderung des Indexes entweder gegenüber dem Vormonat oder dem Vorjahresmonat.

Ein Beispiel für die gewichteten Preise: Seit 2015 gehen die Preise für Strom, Gas und andere Brennstoffe (045) mit 6,82% und für Kraft- und Schmierstoffe (0722) mit 3,52% in den Verbraucherpreisindex ein.

Übrigens kommen 600 Personen als Preiserfasser bei den Verkaufsstellen vor Ort zum Einsatz. Hinzukommen die Preise aus der zentralen Online-Auswertung von 12.000 Produkten. Der Basiswarenkorb wird alle fünf Jahre durch die Befragung von 60.000 Haushalten, die drei Monate aufschreiben, was sie mit ihrem Geld einkaufen, neu berechnet.